

24

Die
Entwicklung der Universität Berlin
1810—1896.

Rede
zur Gedächtnissfeier
der Stiftung der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität
am 3. August 1896
gehalten in der Aula
von dem zeitigen Rector
Adolph Wagner.

Berlin 1896.
Druck von Julius Becker
Friedrichstrasse 240/241.

Hochansehnliche Versammlung!

Am 3. August, dem Geburtstag des erlauchten Stifters unserer Universität, begehen wir alljährlich auch das Geburtsfest unserer Hochschule. Immer von Neuem geht da gern der Blick zurück in jene schwere Zeit unseres Vaterlandes, in welche die Gründung der Königlichen Friedrich - Wilhelms - Universität fällt. Immer wieder gedenken wir da erhebenden Gefühls jenes berühmten Königsworts, das heute vor 85 Jahren der damalige erste Rector, Professor Schmalz, an dieser Stelle aus seiner Audienz bei Friedrich Wilhelm III. mittheilte, das seitdem so oft angeführte Wort: „... das ist recht, das ist brav“, erwiederte der König jener Deputation, welche um Verlegung der Hallenser Universität aus dem abgetretenen Gebiete womöglich nach Berlin gebeten, „der Staat muss durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat.“¹⁾ Ein schönes und glückliches Wort, das wie ein Motto für die leitenden Grundsätze der preussischen Politik in der Periode des Wiederaufbaues des Staates nach Jena und Tilsit lautet.

Es ist eine alte gute Sitte, an solchen Tagen auf den Lebensgang des Geburtstagskindes, auch einer grossen Institution,

wie unsere Universität, zurückzublicken und eine Lebensbilanz zu ziehen. Das mag auch heute geschehen.

Die Errichtung und Entwicklung einer Hochschule bietet der Betrachtung sehr verschiedene Seiten und Gesichtspunkte, wovon mehr als eine der an dieser Stelle gehaltenen Reden Zeugniß ablegt. Ich will einmal eine Seite etwas näher verfolgen, welche gewiss nicht die wichtigste, aber doch auch eine wichtige ist — diejenige der äusseren Entwicklung, auch der finanziellen, eine Seite, welcher gerade in der Zeit der Errichtung der Universität besondere Bedeutung zukommen musste.

Wer an die gute traditionelle hohenzollern'sche und preussische Sparsamkeit, an die persönlichen Eigenschaften des Königs Friedrich Wilhelms III. denkt, muss in der Errichtung der Berliner Universität in der damaligen Zeit furchtbarster Finanznoth auch ein kühnes finanzielles Wagniss sehen, das von hohem moralischem Muth des Königs und seiner Staatsmänner, ja von deren förmlicher Selbstüberwindung, wie anderseits von stolzem Vertrauen auf die Zukunft des Staates zeugt.

Dieser preussische Staat, auf die Hälfte seines Gebietes und seiner Bevölkerung verkleinert, neben den armen polnischen auch der reicheren linkselbischen Gebiete verlustig gegangen; mit ungeheueren, noch zu regulirenden Ausgaben aus der Kriegszeit überlastet; fast erdrückt durch die französischen Contributionen, deren Schwere im Verhältniss zu dem kleinen und armen Staate und Volke und zum damaligen Geldwerth doch ungleich grösser war, als die viel berufenen „5 Milliarden“, mit denen wir 1871 das reiche, im Gebiet kaum verkürzte Frankreich seinen neuen frivolen Friedensbruch haben büssen lassen; der französische Sieger noch im Lande, ein ewig drängender, unbarmherziger Gläubiger; dabei die unentbehrlichen Ausgaben für das Heer, für die Civilverwaltung, für die Beamtengehälter, deren Zahlung ins

Stocken gerathen war, doch unaufschieblich; die alten Einnahmequellen aber gestört, theilweise versiegend, die Domänen mit verpfändet, da der Personalcredit des Staats fast versagte; die alte Steuerverfassung unhaltbar geworden, ihre Erträge nicht ausreichend, ihre baldige Umbildung geboten, aber, wie leicht vorauszusehen war und sich sofort zeigen sollte, als man an die Reformen ging, unendlich schwierig in solcher Zeit und ohne genügenden Erfolg, wie die Experimente mit neuen directen, mit Luxussteuern, mit der ländlichen Mahlsteuer kurz nachher bewiesen —: wahrlich, wäre es ein Wunder gewesen, wenn in dieser trostlosen Finanzlage das immerhin nach den damaligen Verhältnissen kostspielige Project einer neuen Universität im grossen Styl schon aus finanziellen Gründen aufgegeben, mindestens für länger verschoben worden wäre?

Aber das geschah nicht! Im Gegentheil, der kühne Gedanke Wilhelm von Humboldt's, dass man jetzt nicht von dem Grundsatz ausgehen dürfe, nur ebensoviel als sonst oder gar nach Massgabe der Verringerung der Monarchie weniger für wissenschaftliche Zwecke Seitens des Staates aufzuwenden, erlangte ohne zu grosse Schwierigkeiten die Billigung der übrigen leitenden Staatsmänner und des Königs selbst.

Bei den ersten finanziellen Veranschlagungen wurde auch in finanzieller, wie in administrativer und wissenschaftlicher Hinsicht eine nähere Verbindung von dreierlei Anstalten und Einrichtungen geplant: einmal der schon bestehenden beiden Akademien der Wissenschaften und Künste, sodann der bereits vorhandenen wissenschaftlichen Institute und Sammlungen, medicinischer und sonstiger, anatomisches Museum, botanischer Garten, Sternwarte, Bibliotheken, Kunstkammer u. s. w., endlich der neuen Universität.³⁾ Auch die finanzielle Grundlage der beiden ersten Gruppen war zum Theil neu zu ordnen. Für diese wissenschaft-

lichen Gesamtzwecke war eine Jahresdotation von 150 000 Thlr. vorgesehen, wovon etwas über zwei Drittel auf die Universität kommen sollten, wenn sie voll ausgebildet war.³⁾

Das erscheint nach heutigem Massstabe freilich beinahe winzig. Was die neue Universität zunächst wirklich kostete, einige 50- bis 60 000 Thlr., war noch geringer, nur zwei Drittel der Summe, welche heute die kleinste, nicht einmal vollständige preussische Hochschule, die Akademie in Münster, erheischt. Aber auch ein solcher, alsbald flüssig zu machender Betrag war damals eine fühlbare neue Belastung des Etats.

Was dies damals besagte, ergeben einige Vergleichen. In dem mindestens doppelt so finanzkräftigen alten Staate vor 1806 hatten damals die vier grösseren Universitäten, Halle, Frankfurt a. O., Königsberg und Erlangen und die freilich nur noch rudimentären Duisburg und Erfurt doch zusammen auch nur einen Ausgabeetat von etwas über 100 000 Thlr. gehabt.⁴⁾ In dem verarmten, finanzschwachen Rumpfstaate des Tilsiter Friedens bestanden doch immer noch neben Berlin zwei andere Landesuniversitäten, Königsberg und die neu vereinigte Breslau-Frankfurter in Breslau, welche ebenfalls damals erheblich besser als früher dotirt worden sind. So kosteten die drei Universitäten des Staates um 1812 über 150 000 Thlr., nach voller Entwicklung Berlins über 200 000 Thlr.⁵⁾ Wahrlich kein kleiner Aufwand für diese Zwecke, die der Staatsanschauung der Zeit doch immer noch verhältnissmässig neue waren.

Nach dem freilich immer nur cum grano salis anwendbaren, aber darum doch nicht unbrauchbaren Massstabe der sogenannten „Kopfquote“ ergibt sich Folgendes. Man wird damals, um 1812, den Aufwand für die Universitäten — Berlin als vollständig entwickelt angenommen und einige Institute, welche damals noch nicht, wohl aber jetzt auf dem Universitäts-

etat stehen, hinzugerechnet — mit etwa 13—14 Pfg. unseres Geldes auf den Kopf der Bevölkerung veranschlagen können, wovon etwas über die Hälfte, etwa 7 Pfg. auf die Berliner Universität kommen. Selbst in dem heutigen, so unendlich viel reicheren Volk und Staat und bei so ungemein gestiegenem Universitätsaufwand kosten die sämtlichen 10 jetzigen preussischen Universitäten dem Staate an Zuschuss aus seiner Kasse nur 8,39 Mill. Mk., Berlin allein etwa 2,35 bis 2,4 Mill., d. h. auf den Kopf der Bevölkerung gegenwärtig bzw. 26,3 und 7,5 Pfg., also etwa in ersterer Hinsicht das Doppelte, in letzterer nur ebensoviel als schon 1812. Aber sicher wurde damals ein Pfg. schwerer getragen als heute das Vier- oder Fünffache. Auch so betrachtet flösst das finanzielle Opfer, das der Staat mit der Gründung der Universität brachte, Respekt ein.

Und über die Höhe dieses Opfers ist damals nicht einmal viel diskutirt worden. Mit dem Zweck erkannte man sie als geboten an. W. v. Humboldt hat den Betrag von 150 000 Thlr. für die vereinigten Berliner höheren wissenschaftlichen Institute „nach einer zwar nur ungefähren, allein weder zu reichhaltigen, noch allzu sparsamen Berechnung“⁶⁾ veranschlagt und diese Jahresdotation ist nach kurzen Verhandlungen in derselben Cabinetsordre vom 16. August 1809, durch welche die Stiftung der Universität noch von Königsberg aus erfolgte, bewilligt worden.

Dagegen hat sich an diese Dotation eine andere Frage von allgemeinerer, auch principieller Bedeutung angeknüpft, welche auch gegenwärtig noch nicht ohne Interesse ist, sowohl als ein Vorfall in der Geschichte unserer Universität, wie in finanzpolitischer Hinsicht. Schon Rud. Köpke's Schrift über die Gründung der Universität (1860) und die ihr beigefügten archivalischen Urkunden haben in diese Verhältnisse einen genaueren Einblick gestattet.⁷⁾ Der Sachverhalt ist in Kürze folgender.

Beachtenswerth genug hatte der Finanzminister von Altenstein selbst angeregt, die der Universität und den übrigen Instituten zu gewährende Dotation nicht als Jahreszahlung auf die Staatskasse zu nehmen, sondern einen dieser Dotation als Rente entsprechenden Werthbetrag aus dem Staatsvermögen und zwar aus den Domänen auszuscheiden, der Universität u. s. w. als Eigenthum auf ewige Zeiten zu überweisen und ihr auch zur Verwaltung zu übergeben. W. v. Humboldt, in allen diesen Dingen stets das treibende Element, befürwortete diesen Plan lebhaft. Man glaubte dadurch das gemeinsame Interesse des Staates und der neuen Universität besser zu wahren, das Einkommen der letzteren in Kriegsfällen so völkerrechtlich mehr zu sichern, es auch unabhängiger von der Finanzlage des Staates zu machen und wies auch die sich schon verbreitenden Bedenken gegen öffentliches, von Körperschaften und Behörden verwaltetes Grundeigenthum als nicht durchschlagend ab. In der Kabinettsordre von 1809 wird demgemäss auch die Domänenverleihung an die Universität in Aussicht genommen. Die beteiligten obersten Staatsbehörden sollten alsbald berathen, wie die Sache am besten durchzuführen sei. In der später auszustellenden Urkunde sollten dann bestimmte Domänen der Universität zu Eigenthum übertragen werden. Man ging auch sofort ans Werk. Aus der Zahl der nicht verpfändeten churmärkischen Domänen, allenfalls mit Hinzufügung passender Forstparzellen, sollte ein Komplex, möglichst in der Nähe Berlins liegender Objekte, ausgeschieden werden, im Werthbetrag von 3—4 Millionen Thalern.

W. v. Humboldt vertrat diesen Plan auch noch energisch, als doch in den Kreisen der Verwaltung mancherlei Bedenken dagegen auftauchten. Er meinte, nicht nur die grössere finanzielle Sicherung der wissenschaftlichen Institute in unruhigen Zeiten werde bloss auf diese Weise genügend verbürgt, ein solches wichtiges

und grosses Institut könne überhaupt nur durch eine Dotation mit Grundeigenthum ordentlich sicher gestellt werden: Für diese Rechtsform der Dotation macht dieser immer hochdenkende Staatsmann vielmehr auch noch einen wichtigen weiteren, einen politischen Gesichtspunkt geltend: es sei „auch an sich eine vom Staate herrührende, aber von den Gesinnungen der jedesmaligen Regierenden unabhängige Dotation eines wissenschaftlichen Instituts im hohen Grade erspriesslich. Sie gebe ihm mehr Selbständigkeit, mehr innere Würde und mehr Vertrauen beim Ausland.“

Das wirksamste Bedenken gegen die Massregel war zunächst nicht ein prinzipielles, sondern ein formal rechtliches, dem sich das Staatsministerium auch anbequeme. Man überzeugte sich, dass die Ausscheidung von Domänen aus dem Staatsbesitz zu Gunsten der Universität in Widerspruch mit den Bestimmungen des erst jüngst erlassenen Edikts und Hausgesetzes vom 6. November 1809 stehe. Hierin war zwar das Verbot der Veräusserung von Domänen von 1713 aufgehoben, aber die Weggabe von solchen an Bedingungen geknüpft worden, welche bei der Dotation der Universität mit Domänen nicht vorlagen.

So glaubte man doch zunächst von der Uebertragung von Domänen zu Eigenthum an die Universität absehen zu müssen. Indessen sollten der letzteren churmärkische Domänen bis zum Jahresertrage von 150 000 Thlr., die im Staatseigenthum zu bleiben hätten, zur freien Benutzung übergeben werden, wogegen rechtliche Bedenken nicht vorlägen. Die Dotation mit Domäneneigenthum blieb vorbehalten, bis es gelungen sein werde, dem Staate aus zu säcularisirenden geistlichen Gütern vollen Ersatz zu schaffen.⁹⁾

Indessen, die Sache kam weder in der ursprünglich geplanten, noch in dieser modificirten Weise zur Ausführung.

Dies war damals dem Einfluss des neuen Chefs der Abtheilung für Kultus und öffentlichen Unterricht im Ministerium des Innern, von Schuckmann, zu verdanken, der sich dabei freilich von ganz anderen Grundsätzen und Motiven als W. von Humboldt leiten liess.⁹⁾

Schuckmann befürchtete gerade nachtheilige Folgen davon, wenn „die höchsten wissenschaftlichen Centralinstitute des Staates nicht bloss in ihrem freien wissenschaftlichen Bestreben und Wirken, sondern auch mit ihrer Subsistenz und Dauer vom Oberhaupte des Staates unabhängig, von dieser Seite gegen das Bestehen der jetzigen Verfassung, des Königs und seiner Dynastie in den Zustand der Gleichgiltigkeit versetzt würden“. Mit politischen Momenten, mit dem Hinweis auf die Gefahr der „Schwärmerei in Theorien“, des „Sich-Gefallens in Spiel und Wechsel mit solchen“, warnte er vor der Gewährung einer zu grossen Unabhängigkeit an die wissenschaftlichen Institute und deren Angehörige, wie sie eine solche Dotation mit Domäneneigenthum seiner Meinung nach leicht mit sich führen würde. „Wie aber, schloss er, auch die Köpfe exaltirt sein mögen, so behalten doch die Mägen immer ihr Recht gegen sie, die einzigen, die in diesem Zustande geschont werden. Wem die Herrschaft über letztere (die Mägen) bleibt, der wird immer auch mit den ersteren (den Köpfen) fertig und wer die Befriedigung der letzteren an seine Wahl bindet, hat die beste Sicherung, dass die ersteren dafür arbeiten“. So beantragte Schuckmann beim Staatskanzler von Hardenberg und durch diesen beim König, von der Foundation durch Domänen abzusehen, mindestens bezüglich Anträge dilatorisch zu behandeln.¹⁰⁾ Dieser Vorschlag wurde gebilligt und dabei ist es denn auch in der Folge verblieben. Die Universität Berlin ist von Anfang an und bis in die Gegenwart grösstentheils auf direkte Zuschüsse aus der Staatskasse angewiesen gewesen.

Die Schuckmann'schen Motive sind charakteristisch für den Mann und wohl auch allgemein für Ansichten, welche in gewissen Kreisen der Bureaukratie verbreitet waren, vielleicht hie und da noch heute sich bisweilen finden. Die Gelehrten, die Professoren nicht zu unabhängig werden, sie nicht gefährlichen schwärmerischen Theorien nachhängen lassen, daher die Befriedigung ihrer Mageninteressen unter dem Daumen behalten, meinte Schuckmann. Ein wissenschaftliches Institut, das will eben doch auch hier sagen, seine Angehörigen, bei einer Universität ihre Lehrer, von den Gesinnungen der jedesmal Regierenden möglichst unabhängig machen, ihnen so grössere Selbständigkeit, mehr innere Würde geben, meinte in seinem hohen Gedankenfluge W. v. Humboldt. Wer den würdigeren Standpunkt vertrat, steht ausser Frage.

Und dennoch: sachlich war die getroffene Entscheidung die richtige! Wie ihre Entwicklung, die Steigerung ihres Bedarfs zeigt, hat sich unsere Universität nicht darüber zu beklagen gehabt, dass die Entscheidung über ihre Dotation so gefallen ist, wie es geschehen.

Humboldt's Standpunkt war principiell nach den Motiven, und war auch nach der historischen Entwicklung der älteren Universitäten als selbständigerer Corporationen, nicht unmittelbarer Staatsanstalten, begreiflich, er war aber doch schon um diese Zeit der Gründung unserer Hochschule historisch und praktisch antiquirt.

Seine Ideen in Bezug auf die grössere Unabhängigkeit der Universität und ihrer Lehrer liessen sich und lassen sich noch heute auch bei einer Dotation aus der Staatskasse, wenigstens in einem wichtigen Punkte, genügend verwirklichen, wenn man nur für die Besoldungen der Lehrer von dem mannigfach bedenklichen System reiner Individualverträge, wo dann hüben und drüben doch mitunter etwas, und nicht immer schön, gemarktet

wird und von ganz willkürlicher Verwendung von Mitteln aus allgemeinen Dispositionsfonds für Besoldungszuschüsse zu einem festeren Besoldungssystem wie im Staatsdienst übergeht, wobei sich durch einige Abweichungen den Eigenthümlichkeiten der Stellung der akademischen Lehrer schon Rechnung tragen lässt.

Vor Allem war die Anweisung einer Universität auf eine ein für allemal feste Dotation mit einem ihr eigenthümlich gehörigen Domänenvermögen schon 1810 und wurde sie vollends für die späteren Zeiten unhaltbar, weil sie eine wesentliche Voraussetzung des Gedeihens einer solchen Anstalt, die richtige normale Weiterentwicklung, soweit diese von materiellen Bedingungen, wie Höhe der Einnahmen, abhängt, nicht erfüllt.

Es ist merkwürdig, dass selbst ein W. v. Humboldt das nicht richtig erfasst hat.

Jener Altenstein-Humboldt'sche Dotationsplan beruht übrigens auf einer Auffassung, welche in der Behandlung öffentlicher und namentlich auch finanzieller Angelegenheiten damals noch allgemein verbreitet und in hohem Grade charakteristisch ist. Man kennt und beachtet eben das Moment der Entwicklung nicht, man stellt sich alles immer wie in einem im Wesentlichen festen Beharrungszustande vor; diesen, nicht die Entwicklung sieht man gewissermassen als das Naturgemässe an, trifft danach seine Einrichtungen, danach für finanzielle Bedürfnisse deren Bedeckung. Die Entwicklung der Dinge als nothwendige Ursache steigenden Finanzbedarfs, die Bereitstellung wachsender Einnahmen wieder als nothwendige materielle Voraussetzung der gebotenen und naturgemässen Entwicklung, das sind Gedanken, welche der Zeit, selbst den erleuchteten Köpfen noch ganz fern liegen. Das zeigen damals und noch lange später auch die leitenden Gesichtspunkte bei allen Finanz-, Steuer-, Staatsschuldenreformen. Da rechnete man niemals genügend, oft gar nicht

mit dem wachsenden Finanzbedarf, der Wirkung wirthschaftlicher, socialer, culturlicher, technischer Fortentwicklung und sah noch nicht ein, wie schon dieser Verhältnisse wegen der Staat und seine Institutionen finanziell nicht mehr auf Domänen fundirt werden konnten.

Das Entwicklungsprincip hatte eben wie in der Wissenschaft so in der Staatspraxis noch keinen Platz gefunden. Die nothwendige Entwicklung einer grossen modernen Hochschule berücksichtigte auch der Humboldt'sche Dotationsplan noch nicht.

Welche gewaltige Entwicklung hat seit ihrer Gründung vor noch nicht drei Menschenaltern unsere Universität genommen! Für die äussere Entwicklung haben wir genügende deutliche Anhaltspunkte, welche sich statistisch darstellen lassen. Freilich kann die Statistik immer nur quantitativ messen und vergleichen. Die wichtigere qualitative Vergleichung setzt ein ganz anderes, viel schwierigeres, indessen doch auch unsichereres Verfahren voraus, dessen Ergebnisse unvermeidlich zugleich weniger objektiv sind. So behält die quantitative statistische Messung und Vergleichung doch auch hier immer ihren Werth.

Nach der Höhe und Zusammensetzung der studentischen Frequenz, der Zahl der Lehrkräfte aller drei akademischen Rangstufen, nach Zahl, Umfang und Bedeutung der Institute und Sammlungen, nach der Grösse der finanziellen Erfordernisse ist die Entwicklung der Berliner Universität gewaltig und bedeutender als diejenige jeder anderen deutschen Hochschule gewesen.¹¹⁾

Nach der studentischen Frequenz gemessen ist Berlin, — allerdings mit starken Schwankungen¹²⁾ —, doch schon im zweiten Jahrzehnt seines Lebensalters, seit Mitte der 1820er Jahre an die Spitze aller deutschen Universitäten auf heutigem Reichsgebiete getreten und neuerdings ist auch vor dem alten Wien,

welches uns noch länger in der Frequenz überlegen geblieben war, der Vorsprung errungen worden. Eine um so bedeutsamere Entwicklung, weil auch fast alle anderen deutschen Universitäten in den letzten Jahrzehnten stark in der Frequenz zugenommen haben. Berlins Entwicklung vollzog sich also nicht gerade auf Kosten der übrigen Universitäten, von denen zudem Leipzig zeitweise uns übertroffen hat und neuerdings München uns nahe gekommen ist. Unsere beiden in diesem Punkte jetzt bedeutendsten hochachtbaren Rivalen. Von der Maximalfrequenz von 2000 und einigen Hundert immatrikulirten Studenten in den bei uns bekanntlich immer etwas stärker besuchten Wintersemestern und einer höchsten Sommerfrequenz von 2000 in den 1860er Jahren vor dem französischen Kriege und der Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs sind wir seit Mitte der 1880er Jahre regelmässig auf die doppelte Höhe dieser Ziffern gekommen und, auch wieder mit einigen Schwankungen, darauf geblieben. Eine Winterfrequenz von 5000 und einigen Hundert, eine Sommerfrequenz von weit über 4000 immatrikulirten Studenten bilden jetzt fast schon das Normale. Mehrfach sind diese Zahlen bereits erheblich überschritten worden.¹³⁾ Die zahlreichen Hospitanten, unter denen wir ja das schöne Geschlecht neuerdings auch bereits in nicht ganz unerheblicher Zahl — und befriedigender Qualität füge ich hinzu — vertreten sehen, sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt.¹⁴⁾

An dieser Steigerung der Frequenz haben, seit dem Minimum Mitte der 70er Jahre, wieder mit Schwankungen und zum Theil mit relativ bedeutenden, in verschiedenen Perioden alle Fakultäten Theil genommen, am nachhaltigsten und stärksten, zumal in neuester Zeit, die juristische. Doch während die drei „oberen“ Fakultäten in der Frequenz immer noch, auch noch jüngst und jetzt, von denjenigen einzelner anderer Universitäten

erreicht, selbst übertroffen werden, wie die juristische und medizinische semesterweise früher von Leipzig, jetzt von München, bleibend und erheblich von Wien, so überragt die Frequenz der philosophischen Fakultät fast beständig in Berlin weit diejenige aller anderen Universitäten, jetzt um 800—1000, das, nach dieser Seite betrachtet, charakteristische Gepräge unserer Studentenschaft und unserer Hochschule.¹⁵⁾

Aber auch in der Zusammensetzung nach Landes- und Staatsangehörigkeit innerhalb des Reichs wie unter Einbeziehung des Auslandes sind in der Berliner Studentenschaft bemerkenswerthe Veränderungen eingetreten.¹⁶⁾ Sie haben unserer Universität immer mehr den Charakter als wahrer deutscher Central-Hochschule und zugleich als wahrer Weltuniversität gegeben, wie ihn in ersterer Hinsicht keine andere deutsche, in letzterer keine andere europäische Universität, selbst Paris kaum mehr in höherem Grade, besitzt. Die entlegeneren preussischen Provinzen, dann besonders und hoch erfreulich auch in politischer und patriotischer Hinsicht, die süddeutschen und mitteldeutschen Staaten, senden uns immer grössere Schaaren ihrer studirenden Landeskinder, zumal in den Wintersemestern. Dadurch erhält unsere Studentenschaft ein so stark „gesammtdeutsches“ Gepräge, wie kaum eine andere. Der „studentische Austausch“ zwischen den deutschen Universitäten ist natürlich ziemlich allgemein unter den neueren Verkehrsverhältnissen reger, weil leichter und wohlfeiler geworden. Aber Berlin bildet neben München wieder einen besonders starken allgemeinen Gravitationspunkt für die deutsche Studentenschaft.¹⁷⁾ Es ist von grossem Interesse, dies statistisch näher zu verfolgen, was ich mir hier versagen muss. Ich will mich mit der einen Angabe begnügen, dass die süddeutschen Studenten, vor 25 Jahren ein paar Dutzend, zeitweise kaum ein Dutzend, jetzt 300—400 betragen.

Neben den Studenten aus dem Reich aber nun die wachsende Zahl der Reichsausländer, sowohl — was leider unsere akademische Statistik nicht zu unterscheiden erlaubt, so wichtig es wäre — solcher deutscher Nationalität aus der Schweiz, Oesterreich, Ungarn, Polen, Russland, den baltischen Provinzen, als auch fremder Nationalität aus fast allen europäischen Ländern und aus anderen Welttheilen, namentlich aus Nordamerika.¹⁸⁾ Auffallend bleibt der zwar auch langsam wachsende, aber immer noch recht schwache Besuch Berlins durch Oesterreicher. Hier zeigt sich die neue politische und vielleicht auch die alte Abtrennung der Geisteskultur von einem noch nicht überwundenen Einflusse, während der starke und immer steigende Besuch Berlins aus der Schweiz, der dreimal den aus Deutsch-Oesterreich übertrifft, doch trotz der viel älteren politischen Trennung auf die Macht der alten nationalen und Kulturgemeinschaft hinweist. Aus Ungarn studiren ebenso viele oder selbst mehr junge Männer hier, wie aus Deutsch-Oesterreich. Die Europäer nicht-deutscher Nationalität sind natürlich immer nur in kleinen Zahlen vertreten, von Russen und Polen abgesehen. Aber ganz unbedeutend sind doch die Zahlen der Italiener, Briten, Scandinaven, selbst der Franzosen nicht mehr. Dagegen fällt es auf, dass unsere nächsten germanischen Vettern, die Holländer, Belgier (Vlämen) und vollends die Dänen nur spärlich vertreten sind, obgleich jetzt doch auch regelmässig und in etwas steigender Zahl, besonders die Holländer. Die Entfremdung der Geisteskultur der beiden ersten vom deutschen Mutterlande, die politische Verstimmung der Dänen sind hier offenbar noch nicht überwunden. In stärkeren Kontingenten erscheinen von den Fremden ausser den Russen und Schweizern, von denen aber sicher die ersteren viele, die letzteren meistens Nationaldeutsche umfassen, nur die Nordamerikaner, sowohl angloamerikanischen, wie auch deutschen

Ursprungs, von welchen letzteren freilich trotz der deutschen Familiennamen leider die meisten schon die Sprache der Väter verloren haben. Immerhin möchten gegenwärtig die fremdnationalen Elemente unter unserer Studentenschaft von den ca. 700 Reichsausländern an 400—500 betragen, 8—10% der Winter-, fast 9—11% der Sommerfrequenz. Für den Weltcharakter unserer Universität fällt das ins Gewicht.

So hat sich Berlin in der That nach der Grösse und Zusammensetzung seiner studentischen Frequenz wirklich zur Weltuniversität entwickelt, wie einzelne mittelalterliche italienische, wie das alte und das moderne Paris. Ob man Berlin in der Gegenwart nach einem schon gefallenem stolzen Worte bereits „die erste Universität der Welt“ nennen darf, sind wir Angehörige dieser Hochschule nicht competent zu entscheiden. Darüber kann auch nur dermaleinst von einer höheren historischen Warte aus, wo sich alles objektiver vergleichen lässt, ein Urtheil gefällt werden. Streben wir nur alle, Docenten und Studenten, dass es günstig ausfalle. Die Frequenz ist natürlich auch nur eines der äusseren Kriterien, nicht das wichtigste. Schwerer wiegen die Ausdehnung, Vielseitigkeit, Gediegenheit, Methodik des Unterrichts, die Bedeutung der Lehrer und Forscher, der erzielte Erfolg für die Verbreitung und Vertiefung richtiger Methoden und tüchtiger wissenschaftlicher wie zu den grossen Lebensberufen, zu denen der akademische Unterricht vorbereitet, hinführender Fachbildung. Auf das, was auch in dieser Hinsicht äusserlich, statistisch sich erfassen lässt, werde ich alsbald noch einen Blick werfen.

Aber wenigstens an der Frequenz gemessen darf doch der Rang der *prima inter pares* für unsere Universität unter den deutschen Schwesteranstalten beansprucht werden. Und um mehr als einen solchen Rang, den man ja kaum einen Vorrang nennen

kann, handelt es sich ja glücklicher Weise bei der Rivalität der deutschen Universitäten unter einander, welche sich unter sich immer als gleiche betrachten, überhaupt nicht, auch nicht unter den gegenwärtig grössten, d. h. besuchtesten, Berlin, Wien, München, Leipzig. Freuen wir uns vielmehr: alle unsere deutschen Universitäten sind die Glieder eines gemeinsamen grossen nationalen Ganzen; auch heute noch, und heute erst recht gehören die deutschen Universitäten ausserhalb des Reichs ebenfalls dazu, die österreichischen und schweizerischen so gut wie die preussischen, bayrischen u. s. w. und wie früher auch das deutsche Dorpat, bevor es durch unverdiente Degradation zum russischen Jurjew eine grausame capitis diminutio erlitten hatte.

W. v. Humboldt's Wunsch in dem Bericht über die Gründung der Universität an den König Friedrich Wilhelm III., dass „die hiesige Anstalt durchaus etwas andres als eine blosse Landes-Universität werden, dass sich danach ihr ganzer Zuschnitt von Anfang an richten müsse und dass alsdann wohl zu hoffen sei, die Anzahl der Studirenden werde hier bedeutend werden“, hat sich so freilich weit über aller Erwartung hinaus erfüllt.

Was aber den Weltcharacter unserer wie allerdings wieder der Gesammtheit der deutschen Universitäten als höchster Art der Unterrichtsanstalten der Culturwelt im 19. Jahrhundert anlangt, so erinnere ich mich gern eines eigenen Erlebnisses und des Urtheils eines Fremden. Ich besuchte vor einigen Jahren auf den Wunsch eines italienischen Fachgenossen einmal in Rom den damaligen greisen Ministerpräsidenten Depretis. Wir kamen auf die deutschen Universitäten, auf Berlin zu sprechen. Mein Begleiter hob hervor, wie viele italienische Universitätslehrer der Nationalökonomie und Statistik in Deutschland, besonders in Berlin, ihre Studien gemacht. „Ja, ja“, bemerkte mit der Ruhe des Alters, aber auch mit einer gewissen Wehmuth der greise

Staatsmann: „hiess einst es Bononia docet, jetzt heisst es Germania docet.“ Ein schönes, ein erhebendes Wort aus dem Munde eines urtheilsfähigen Ausländers, ein Wort, das stolz machen kann, aber auch — Pflichten auferlegt, nicht nur gegen unsere Heimath, unsere Nation, nein, gegen die Welt, die Menschheit. —

Auch die übrigen äusseren Verhältnisse unserer Universität, die Zahl der Lehrkräfte, der Institute u. s. w. werden durch statistische Daten darüber gut illustriert. Ich muss gleichwohl hier darauf verzichten, Sie mit vielen Angaben zu überschütten und damit zu ermüden. Weiss ich doch sehr wohl, dass das aufnehmende Sinnesorgan für Statistik nicht das Ohr, sondern das Auge ist. Nur einige grössere Züge der erreichten Entwicklung will ich durch einige Zahlen illustriren und so charakterisiren.¹⁹⁾

Unsere Hochschule begann in ihrem ersten Jahre ihre Laufbahn unter ihren Schwesteranstalten mit einem Lehrkörper von 46 Personen, darunter 25 Ordinarien, 7 Extraordinarien, 14 Privatdocenten. Diese Anzahl war nach 20 Jahren, 1830—31, schon auf beinahe das Dreifache gewachsen, auf 121, nach den drei Kategorien der Lehrer 48—41—32. Von da an ging die Entwicklung einige Jahrzehnte lang, ja an vierzig Jahre bis in die siebziger hinein, verhältnissmässig langsamer vorwärts, zumal bei den Ordinarien, während die Extraordinarien und vollends die Privatdocenten immerhin sich noch rascher vermehrten. Im Jahre 1870 zählten wir 168 Lehrer, 54 Ordinarien, 53 Extraordinarien, 61 Privatdocenten. Letztere hatten sich seit 1830—31 also fast verdoppelt, die Gesamtzahl der Lehrer aber nur um $\frac{1}{3}$ erhöht. Gegen das erste Jahr der Universität hatte sie sich jedoch fast verdreifacht, indem die Docenten auf das mehr als Vierfache, die Extraordinarien auf mehr als das Siebenfache, die Ordinarien allerdings nur auf etwas über das Doppelte gestiegen waren.

Der gewaltige weitere Aufschwung in der Zahl der Lehrkräfte erfolgte erst seit jenem Epoche machenden Jahre unserer deutschen Geschichte, seit der Gründung des Reichs, ein Zeitpunkt, welcher sich in unserer Universitätsgeschichte, wie in derjenigen der Stadt Berlin deutlich markirt. In diesem letzten Vierteljahrhundert sind unsere Lehrkräfte auf 345—347 angewachsen, haben sich somit seit 1870—71 mehr als verdoppelt. Die Zahl der Ordinarien stieg von 54 auf 86—88, der Extraordinarien, einschliesslich der zahlreicher gewordenen (12) Honorarprofessoren, von 53 auf 92, der Privatdocenten gar von 61 auf 167, allein um das Zweizweidrittelfache. In den 85 Jahren des Bestehens der Universität ist also eine Versieben- bis achtfachung der Lehrkräfte, eine Verdrei- bis vierfachung der Ordinarien, eine Verdreizehnfachung der Extraordinarien, eine Verzwölffachung der Privatdocenten, eingetreten.

Welche ungeheure Ausdehnung, Vertiefung, Specialisirung der Lehre wie der Forschung stellt diese Entwicklung dar! Wie viel hat dazu, das sei besonders betont, das Institut der Privatdocentur beigetragen und wie wesentlich sind dadurch sowie durch die Extraordinariate die fast unvermeidlich vorhanden gebliebenen Lücken im Universitätsunterricht dankenswerth ergänzt worden. Die Vermehrung der Ordinariate, die doch die amtlichen Hauptträger des Unterrichts sind, ist ja eine erfreulich bedeutende, zumal wieder seit 1870, aber längst hätte sie allein für das Lehrbedürfniss nicht mehr ausgereicht.

Mit diesen Zahlen, bei denen ich ein für allemal die Lectoren und Sprachlehrer ausgeschlossen habe, steht Berlin jetzt unter den Universitäten des Reichs und allen übrigen deutschen, ausser Wien, bei Weitem an der Spitze, was den sich so documentirenden äusseren Umfang des Unterrichts anlangt. Leipzig mit 209 hat nicht zwei Drittel, München mit 172 nur die Hälfte so viel

Lehrkräfte. Das Uebergewicht liegt aber hier wie gegen die anderen Universitäten vornehmlich in den Docenturen und Extraordinariaten, welche letztere nur in Leipzig auf nicht viel geringere Anzahl steigen wie bei uns. In den Ordinariaten ist der Unterschied selbst gegen die kleineren Universitäten nicht so stark, begreiflicher Weise. Doch übertrifft auch hierin Berlin selbst die Universitäten mit den zahlreichsten Ordinariaten, wie München (72), Leipzig und Bonn (67) immer noch um 12—17, die kleinste, Rostock (31), fast um das Dreifache. Nur Wien steht in der Gesamtzahl der Lehrkräfte gegenwärtig Berlin genau gleich (Winter 1895—96 344), übertrifft uns sogar um 10—12 Ordinate und 19 Docenturen, steht dagegen an Extraordinariaten nicht unerheblich zurück.²⁰⁾

Sehr verschieden ist freilich die Entwicklung der einzelnen Fakultäten und innerhalb der Gruppen, welche man in der philosophischen Fakultät unterscheiden kann. Ich muss mich hier aber vollends mit einigen summarischen Vergleichen begnügen.²¹⁾

Die zwei ersten Fakultäten, die theologische und juristische, stellen in Hinsicht der Vermehrung des Lehrpersonals betrachtet das mehr stabile Element gegenüber den beiden anderen, der medicinischen und philosophischen Fakultät, dar, welche in ihrem viel stärkeren Wachstum ihrer Lehrkörper als das mehr in Entwicklung begriffene, das fortschrittliche Element erscheinen. Darin spiegelt sich der Einfluss bekannter Verhältnisse deutlich ab, der stärkeren wissenschaftlichen Arbeitstheilung und Specialisirung, der Gewinnung neuer Forschungs- und Lehrgebiete, nicht zum Wenigsten auch der immer grösseren Entwicklung der induktiven Forschung, welche unvermeidlich mehr Arbeiter wie Lehrer bedarf. Vielleicht ist auch der Eine oder Andere geneigt, darin einen äusseren statistischen, selbst wieder erfahrungsmässig

„induktiven“ Beweis für den „Uebergang vom philosophischen in das naturwissenschaftliche Zeitalter“ zu finden, welcher sich seit der Gründung unserer Universität vollzogen haben soll. Und in Einer Hinsicht nicht mit Unrecht. Denn es sind allerdings in den genannten beiden unteren Fakultäten eben die theoretischen und praktischen naturwissenschaftlichen Fächer von einer immer grösser gewordenen Anzahl Lehrern vertreten. Indessen haben die geisteswissenschaftlichen Disciplinen in der philosophischen Fakultät, die philologischen und besonders die historischen Fächer nach der Vermehrung der Lehrkräfte kaum eine geringere Entwicklung aufzuweisen: aus den gleichen Ursachen wie die naturwissenschaftlichen, — grössere Arbeitstheilung, stärkere Specialisirung, vermehrte und verbesserte induktive Forschung, Erringung neuer Forschungsgebiete auch hier.

Entsprechend der Sachlage war die Zahl der Lehrer in Berlin schon von Anfang an in den beiden „unteren“ Fakultäten grösser als in den beiden anderen. Eine bedeutende relative Vermehrung will daher hier noch viel mehr besagen, die absoluten Zahlen sind noch beweiskräftiger.

Fasst man die Zahl der gesamten Lehrkräfte der beiden oberen und der beiden unteren Fakultäten zusammen, so hat sich diese seit 1811 bei den ersteren von 8—12 auf 32 bis 1870, auf 45 bis 1896, bei den letzteren von 38 auf 136 und 300 gehoben.

Die Zahl der Ordinariate ist in diesen drei Perioden bei jenen von 6—8 auf 14 und jetzt auf 20, der Extraordinariate von 1 auf 10 und wieder um 10, der Docenturen von 1—2 auf 8 und 11 gestiegen; dagegen bei diesen, den Medicinern und Philosophen, sind die Ordinariate von 19 auf 40 und 68, die Extraordinariate (mit Honorarprofessuren) von 6 auf 43 und c. 80, die Docenturen von 13 auf 78 und c. 225 angewachsen.

Auf die weiteren Einzelheiten, die sich nur für eine tabellarische Darstellung eignen, kann ich hier nicht eingehen und will für die vier Fakultäten bloss noch die Vermehrung der Ordinariate von 1811 bis 1870 und 1896 angeben. Sie stieg bei den Theologen von 3—4 auf 5 und 9, bei den Juristen von 3—4 auf 9 und 11, bei den Medicinern von 6 auf 13 und 15, bei den Philosophen aber von 13 auf 27 und 53. Von letzteren gehören doch nur 16 den Naturwissenschaften, 37 den Geisteswissenschaften (einschliesslich Mathematik mit 4) an.

Erst eine Statistik der Vorlesungen und Uebungen selbst, specialisirt nach den einzelnen Wissenschaftsgebieten würde einen vollen Einblick darein gewähren, was diese riesige Vermehrung der Lehrkräfte für die quantitative und doch auch mit für die qualitative Entwicklung des Universitätsunterrichts besagen will. Ich muss an diesem Orte verzichten, darauf einzugehen. Jeder Kenner der Verhältnisse weiss, dass eine solche Statistik noch viel erstaunlichere Thatsachen einer grossartigen Entwicklung ergibt, als die bisher mitgetheilten Daten.

Dagegen will ich mich jetzt noch zu der finanziellen Seite der Entwicklung und zu den Instituten und Sammlungen wenden. Ausführungen, welche wiederum zeigen werden, wie auch bei einer Universität Alles mit von der regelmässigen Vermehrung der materiellen Hilfsmittel abhängt, feste Dotationen, auch solche, deren Erträge, wie bei Domänen, wohl ebenfalls wachsen, aber nicht mit der erforderlichen Regelmässigkeit und Stärke, wie nach dem Humboldt'schen Plane, also nicht ausreichen können.

Natürlich ist mit der Vermehrung der Lehrkräfte auch das Erforderniss des persönlichen Aufwands für Besoldungen u. s. w. stark gestiegen. Aber trotz der bedeutenden und dankenswerthen Gehaltsverbesserungen, welche besonders in dem letzten

Vierteljahrhundert, freilich nach den individuellen Antheilen in zu ungleichem Maasse, erfolgt sind, ist der gesammte Besoldungsaufwand nicht so stark gewachsen, als zu erwarten gewesen wäre. Denn die Universität verfügt in den Privatdocenten, von den wenigen Empfängern von Docentenstipendien abgesehen, und leider auch immer noch in der nicht unbedeutenden Zahl unbesoldeter Extraordinarien über ein starkes Kontingent ihr unentgeltlich dienender Lehrkräfte.

So ist der Besoldungsetat²²⁾ der ordentlichen und ausserordentlichen Professoren von 116550 M. in 1811 auf 183650 M. in 1834 und 321000 M. in 1870, also immerhin fast auf das Dreifache gestiegen. Seitdem bis 1895/96 hat sich diese Summe aber wieder weit mehr als verdoppelt, auf 743 300 M. und mit Inbegriff der Wohnungsgelder sogar auf etwa 865 000 M. erhöht, das Zweizweidrittel von 1870, das mehr als Siebenfache der Summe von 1811, also die gleiche Steigerung wie die Zahl der Lehrkräfte, die doch zu $\frac{4}{7}$ unentgeltlich dienen.

Daraus ergibt sich schon, wie bedeutend die Durchschnittserhöhung der Besoldungen gewesen ist.²³⁾ Ich will auch darauf hier nicht weiter eingehen, als indem ich erwähne, dass gegen 1834, wo die Gehalte durchschnittlich etwas kleiner als 1811 gewesen sind, die Besoldungen der Ordinarien sich bis 1870 nicht ganz um ein Drittel erhöht, bis 1896 aber erheblich mehr als verdoppelt, diejenigen der besoldeten Extraordinarien sich bis 1870 um mehr als ein Drittel, bis 1896 aber um fast das Dreifache erhöht haben. Man wird danach, selbst abgesehen von den gleichfalls stark gestiegenen amtlichen Nebeneinnahmen aus Collegienhonoraren und Gebühren, eine sehr erhebliche durchschnittliche Verbesserung der materiellen Stellung der besoldeten akademischen Lehrer dankbar anerkennen müssen. Sie war besonders auch im letzten Vierteljahrhundert wohl wesentlich günstiger, als im höheren Civildienst des Staates.

Allerdings handelt es sich hier nur um die Vergleichung von Durchschnitten. Der missliche verbliebene Punkt, in welchem keine durchgreifende Verbesserung eingetreten ist, liegt in der grossen und wohl vielfach zu grossen individuellen Differenzirung der Besoldungen und Bezüge, der zu weit auseinander gehenden Maxima und Minima. Wie bei dem allgemeinen socialökonomischen Problem der „Einkommenvertheilung“ braucht auch hier nicht das Princip der Ungleichheit, wohl aber können das Maass der letzteren und die dieses bestimmenden Factoren meines Erachtens mit Recht bemängelt werden. Freilich hängt das mit der ganzen Frage des akademischen Besoldungssystems, des Honorarwesens und mit der einmal historisch entstandenen Verschiedenheit vom Besoldungssystem im sonstigen Staatsdienst zusammen. Erhebliche Missstände sind da indessen kaum mehr zu leugnen, die Ungleichheiten der ökonomischen Lage unter sonst Gleichstehenden sind zu gross geworden. Passende Reformen, welche nicht nothwendig mit dem historisch Gewordenen brechen, wohl aber es modificiren müssen, werden schwerlich lange mehr ausstehen können und wie ich glaube zum Heile der Universitäten wie ihrer Lehrer ausfallen.

Sehr wichtig ist aber noch ein anderer finanzieller Punkt und die darin erfolgte Entwicklung, nämlich das Verhältniss des persönlichen Finanzbedarfs für die Lehrer zu dem Gesamtbedarf und namentlich auch zu dem wesentlich sachlichen Bedarf für die Institute und Sammlungen.

Anfangs kam, wie damals noch allgemein, der grösste Theil des Universitäts-Finanzbedarfs auf die Besoldungen der Professoren. Die allgemeine Verwaltung kostete wenig, die Institute und Sammlungen ebenfalls nicht viel. Bei Berlin standen letztere allerdings nicht alle auf dem Universitätsetat. Auch sind, wie in den älteren und noch den gegenwärtigen amtlichen Etats, so auch bei allen

meinen Daten und Veranschlagungen Posten, welche bei einer ganz rationellen Rechnung eigentlich mit zu berücksichtigen wären, wie namentlich die erheblichen Nutzungswerthe der Amtsgebäude, hier nicht mit einbezogen. Kein unbedeutender Betrag wäre z. B. gleich für unser Universitätsgebäude einzusetzen, den ehemaligen Prinz Heinrich-Bau, den bekanntlich unsere Hochschule gleich bei ihrer Stiftung durch Königliche Munificenz als Geschenk überwiesen erhalten hat.

Im Jahre 1811/12 kostete die Universität dem Staate 54147 Thlr., davon die Gehalte der Professoren mit 38850 Thlr., 71,8 pCt., die auf dem Etat der Universität stehenden Institute und Sammlungen mit 13098 Thlr., 24,2 pCt.²⁴⁾ Im Jahre 1834, wo der Etat auf fast 100000 Thlr., die Gehalte der Professoren auf 64550 Thlr. gestiegen waren, erforderten die letzteren nur noch 64,6 pCt., die Institute u. s. w. mit 26148 Thlr. 26,2 pCt., bei meist noch ausserordentlich dürftigen Dotationen, — bei der Universitätsbibliothek z. B. 500 Thlr.! Später, besonders seit der constitutionellen Zeit werden die Etats vollständiger und rationeller, die Nebenetats einzelner Institute immer mehr auf den allgemeinen Universitätsetat gebracht. Die Daten sind aber eben deshalb mit den älteren nicht ganz genau vergleichbar. Doch wird es ziemlich stimmen, wenn man für 1870 die Besoldungen u. s. w. auf 107000 Thlr., den Aufwand für die Institute schon auf 89000 Thlr. ansetzt, d. h. jene betragen vom Gesamtbedarf nur noch 52,8, diese schon 40,1%

Seitdem ist aber ein gewaltiges Uebergewicht des Ausgabe-postens für Institute und Sammlungen eingetreten. Im laufenden Etat (1896/97) betragen die Besoldungen u. s. w. des Lehrkörpers mit ca. 865000 M. nur noch ca. 30,9%, der unmittelbare specialisirte Aufwand für Institute und Sammlungen aber, zu dem noch manch Anderes hinzutritt, beträgt 1481000 M.

oder ca. 52,9% der Gesamtausgabe. Würde man gar für die Gebäudeanlagen und Einrichtungen der Institute, welche mit Geldern aus dem Extraordinarium des Staatshaushaltsetats bestritten worden sind, Zins- und Amortisationsbeträge einrechnen, so würde sich der Aufwand für diese Institute noch beträchtlich erhöhen und das erlangte Uebergewicht über den Besoldungs-
etat noch viel grösser erscheinen.

Es ist von grossem, nicht nur finanzstatistischem, sondern in der That auch von allgemeinem Interesse, für die Kenntniss der Entwicklungsgeschichte unserer Universitäten, genauer im Einzelnen die eingetretenen Umänderungen zu verfolgen. Ganz ähnliche zeigen sich bei allen Universitäten. Es offenbart sich hierin eben auch die Wirkung eines bedeutsamen methodischen Umschwungs in der Pflege der Wissenschaften, in Forschung und Lehre. Doch muss ich, vollends hier im Rahmen dieser Rede, darauf verzichten, auf das Einzelne einzugehen und mich mit einigen Andeutungen begnügen.²⁵⁾

Den Löwenantheil an dieser Steigerung des Bedarfs haben die naturwissenschaftlichen und medicinischen Institute und Sammlungen gehabt. Schon von 1834—1870 ist der Staatszuschuss dafür (ohne botanischen Garten) um das $1\frac{1}{2}$ fache, seitdem bis 1896 wieder um das 5 fache und seit 1834 mindestens um das 14 fache, von rund 60 000 auf rund 840 000 M. gestiegen. Bis 1870 war die Vermehrung stärker bei den naturwissenschaftlichen Instituten und Sammlungen, als bei den klinischen Instituten, seitdem ist es umgekehrt. Neben dieser Steigerung und den erreichten absoluten Beträgen fällt die erfreuliche Erhöhung der Dotation des dem allgemeinsten Universitätsinteresse dienenden Instituts, der Bibliothek, zwar absolut wie relativ schon ins Gewicht. Ihr Etat ist von 1500 M. 1834 bis auf 10500 in 1870 und auf 56000 M. jetzt gestiegen. Aber allein z. B. das Museum für Naturkunde erheischt mehr als das Dreifache dieser Summe.

Hoch erfreulich ist sicherlich die Entwicklung der geisteswissenschaftlichen Seminare und Institute. Der Aufwand dafür, der 1870 kleiner war als schon 1834, hat sich seit 1870 immerhin verdreifacht, die Zahl der Institute ist von 4 auf 16 gestiegen, diese kosten aber jetzt zusammen immer noch nicht 18 000 M., ein Betrag, der fast von jedem einzelnen naturwissenschaftlichen und medicinischen Institut, meist weit, überschritten wird. Die Dotationen einzelner geisteswissenschaftlicher Institute sind immer noch winzig, diejenigen des theologischen, philologischen und mathematischen Seminars sogar kleiner als schon 1870 und früher. Nur das etwas apart stehende orientalische Seminar, das zugleich practischen Zwecken dient, hat einen Etat von ca. 100 000 M., welcher sich mit demjenigen naturwissenschaftlicher und medicinischer Institute vergleichen lässt.

Die ungeheure Steigerung des Finanzbedarfs dieser Institute ist besonders deswegen bemerkenswerth, weil sie offenbar grossentheils eine Folge des Umschwungs und Fortschritts der Naturwissenschaften aus der speculativen in die exacte inductive Forschungsrichtung ist. Die ganz anderen Anforderungen, auch bezüglich der methodischen Ausbildung der Schüler, hängen damit zusammen. Je mehr andere Wissenschaften sich in ähnlichen Bahnen bewegen, desto mehr wird hier prinzipiell Aehnliches geboten sein. Die Entwicklung der geisteswissenschaftlichen Seminare und Institute ist ein Beleg hierfür. Aber auch in nationalökonomischer Hinsicht ist diese Entwicklung bemerkenswerth: auch für den Wissenschaftsbetrieb sind nunmehr bedeutendere kapitalistische Hilfsmittel, grössere stehende Kapitalanlagen, mächtigere technische Apparate nothwendig, eine Mitfolge und wieder eine Bedingung des Fortschritts der Wissenschaft. Die „reine“ Geistesarbeit reicht hier so wenig mehr aus als die blosse Handarbeit in der Wirthschaft. Daher denn in den

grossen naturwissenschaftlichen Instituten ein kapitalistisches Seitenstück zu den fabrikativen Grossbetrieben.

Und nebenbei ein Beweis, dass der Dichter Unrecht hatte, wenn er seinen Faust sagen lässt:

Geheimnissvoll am lichten Tage,
Lässt sich Natur des Schleiers nicht berauben,
Und was sie deinem Geist nicht offenbaren mag,
Das zwingst du ihr nicht ab mit Hebeln und
mit Schrauben.

Sie hat es sich eben doch mit solchen Mitteln abzwängen lassen und thut es täglich mehr. —

Gewiss ist der grosse steigende Finanzaufwand für naturwissenschaftliche und medicinische Institute durchaus gerechtfertigt. Er ist auch eminent productiv, selbst im eigentlich wirthschaftlichen Sinne, man braucht nur an die Rückwirkung der Fortschritte der wissenschaftlichen Chemie und Physik auf die Industrie, auf das öffentliche Gesundheitswesen zu denken. Unseren Laboratorien verdankt unsere chemische Industrie ihre heutige Weltstellung.

Aber immerhin führt gleichwohl diese Steigerung des Bedarfs auch wieder zu neuen Finanzproblemen hinsichtlich seiner Deckung. Schon in der alten Einrichtung der Kollegienhonorare, im bisherigen Gebührenwesen der Universitäten wird in richtiger Weise nach dem finanzwissenschaftlichen Begriff und der Funktion der „Gebühren“ ein nicht unerheblicher Theil des Kostenaufwandes der Einrichtungen den unmittelbaren Nutzniessern und Veranlassern zur Tragung zugeschoben, — denn auch bei den Honoraren und Gebühren ist die Berechtigung einer Zahlungspflicht ganz ausser Frage, fraglich nur etwa das Ob und Wie und Wieviel des privaten Bezugsrechts —. Jetzt entsteht mit Recht bei den so kostspielig gewordenen Instituten die Frage,

ob nicht auch hier in erhöhtem Maasse oder ganz neu die Studenten in Gebührenform zur Kostendeckung mit herangezogen werden sollten. Ich glaube, im Princip wäre das unbedingt zu bejahen, auch wohl mit dem Unterschied geringerer Belastung der deutschen Reichsangehörigen, stärkerer der Ausländer.²⁶⁾

Alsdann würden sich auch wohl leichter Mittel für die geisteswissenschaftlichen Interessen finden. Einstweilen müssen sich die diesen dienenden Institute immer noch mit den Brosamen begnügen, welche für sie nach Befriedigung der Ansprüche der naturwissenschaftlichen Anstalten abfallen.

Schon länger wird durch die steigenden Einnahmen „aus eigenem Erwerb“, d. h. aus Gebühren u. dgl., welche in die Staatskasse fliessen, in Berlin wie in den anderen preussischen Universitäten eine erhebliche Quote des Kostenaufwandes gedeckt, gegenwärtig von dem specialisirt im Etat nachgewiesenen Aufwand Berlins ein Sechstel (448 191 M. von 2 647 636), bei allen preussischen Universitäten sogar ein Sechstel bis ein Fünftel (2 124 170 M. von 11 417 345). Es ist billig, dass diese Quote noch wächst.²⁷⁾

Aber durch Gebühren kann und darf immer nur ein solcher Theil der Kosten öffentlicher Einrichtungen zur Deckung gebracht werden, welcher nach billiger Abwägung dem Sonderinteresse der unmittelbaren Benutzer entspricht. Bei Anstalten wie Universitäten wird immer das allgemeine öffentliche Interesse an Pflege der Wissenschaft, an Verbreitung wissenschaftlicher Bildung voran- stehen. Das hat auch seine wichtigen Konsequenzen für die Kostendeckung. Soweit nicht Einnahmen aus eigenem Vermögen, wie in Preussen in bedeutendem Maasse ja nur bei Greifswald, oder aus Stiftungs- und Specialfonds, wie bei Göttingen und Halle, zur Verfügung stehen, kann und darf sich der Staat dem nobile officium nicht entziehen, für seine Universitäten erhebliche und

nach den Bedürfnissen unvermeidlich stark steigende Mittel aus seinen eigenen Kassen zur Verfügung zu stellen.

Dankbar haben wir beim Rückblick auf die Geschichte unserer Universität anzuerkennen, dass der preussische Staat diese Pflicht in reichem Maasse erfüllt hat. Das Wohlwollen unseres Königshauses und unserer Staatsmänner ist der Schöpfung König Friedrich Wilhelm III. immer gewahrt geblieben. In den bedrängten ersten Zeiten ist geschehen, was irgend möglich war. Als die Zeiten wieder besser geworden, in der Periode von 1815—1870, ist trotz der im Ganzen immer noch knapp bleibenden Finanzlage für die Universität schon immer mehr vom Staate geleistet worden. Und als nach 1870 die Finanzen mit dem ganzen wirthschaftlichen und politischen Leben in eine neue grossartigere Entwicklungsperiode von Dauer eintraten, ist das in der immer besseren Dotation auch unserer Universität zu Gute gekommen. Nicht aber etwa auf Kosten unserer Schwesteranstalten, wie mitunter wohl einmal geklagt worden ist, im Gegentheil, zumal im letzten Vierteljahrhundert, sind auch diese in ähnlich bedeutendem und immer wachsendem Maasse durch Staatszuschüsse besser ausgestattet worden. Man kann höchstens, aber nicht einmal ganz allgemein, sagen, dass Berlin relativ noch mehr erhalten hat, obwohl das für die Universität in der Reichshauptstadt sich an sich schon hätte billigen lassen und aus rein ökonomischen Gründen auch der gleiche Personal- und Realbedarf hier höhere Geldsummen zur Deckung braucht.

Ein paar Zahlen wenigstens für Berlin will ich mir zum Beleg noch gestatten.³⁸⁾ Berlin kostete, und zwar fast ganz an Staatszuschuss, 1812 in unserem heutigen Gelde 162 626 M., 1820 241 322, 1834 299 538, 1870 nur an Staatszuschuss 641 003 M., im Ganzen 665 049 M., eigentlich einige Tausend mehr, die sich aus allgemeinen Fonds nicht genau ausscheiden

lassen. Bis 1896 ist dieser Staatszuschuss auf 2 194 666 M., einschliesslich der Antheile am allgemeinen Universitätsfonds im Etat, wohl auf über $2\frac{1}{3}$ Mill., der ganze Aufwand auf 2 647 636, bezw. auf 2,8 Mill. Mark gestiegen. Die Universität kostete dem Staate schon 1870 4mal so viel als Anfangs, 1896 aber wieder mehr als 4mal, an Staatszuschuss allein 3mal, so viel als 1870, über 17mal so viel als 1812. Wo wären wir mit der geplanten Domänenendotation hingekommen, auch wenn wir die erfolgte starke Ertragssteigerung der Domänen genossen hätten!

Die anderen preussischen Universitäten sind aber nicht vernachlässigt worden. Das lässt sich statistisch genau nachweisen, namentlich auch für diejenigen der neuen Provinzen.²⁹⁾ Doch constatire ich das hier nur als unzweifelhafte Thatsache durch die eine Zahlenvergleichung, dass der Staat 1870 für die 9 anderen Universitäten ca. 2, 1896 dagegen ca. 6,04 Mill. Mark zuschoss, ebenso wie bei Berlin das Dreifache; fernere Angaben würden zu weit führen.

Ist aber etwa daneben vom Staate das übrige öffentliche Unterrichtswesen weniger bedacht worden? Durchaus nicht! Das zeigt schon die Entwicklung des ganzen Etats des Ministeriums für Kultus und Unterricht, welcher zwar, zumal neuerdings, auch für den Kultus viel grössere Summen umfasst, aber doch vornehmlich den Unterricht betrifft. Er ist von 6 Mill. M. 1820 auf 18,8 Mill. 1870 und 109,7 Mill. 1896 gestiegen, das Sechsfache seit 1870, das mehr als 18fache seit 1820! In der neuesten Zeit ist es namentlich der jetzt zum erheblichen Theile direkt vom Staat übernommene Finanzaufwand des Staates selbst für die Grundlage alles Unterrichtswesens, die Volksschule, welcher so ungemein gewachsen ist. Er beträgt jetzt 66 Mill. M., fast achtmal so viel als für die Universitäten, gegen nur 3,63 Mill. M. in 1870. Und auch das mittlere

Unterrichtswesen, Gymnasien etc., ist wahrlich nicht zu kurz gekommen. Im Staatshaushaltsetat standen dafür 1870 nur 1,71 Mill. M., jetzt 8,34 Mill. M. Das fast Fünffache.³⁰⁾

Zeigt das Alles das fortgesetzte Interesse unserer Unterrichtsverwaltung und ihrer unmittelbaren Leiter, so doch auch, dass unsere Finanzverwaltung den Bedürfnissen entgegengekommen ist. Dabei habe ich nicht einmal von den grossen Extraordinarien gesprochen.

Aber der beste Wille der Regierung wäre machtlos gewesen, wenn eben die Deckung der Finanzbedürfnisse auf dem Unterrichtsgebiete nicht ermöglicht worden wäre durch eine entsprechende Entwicklung der Finanzmittel des preussischen Staates, des Deutschen Reichs. Diese Entwicklung aber war wieder die Frucht des kolossalen Aufschwungs unserer deutschen Volkswirtschaft, seit der Friedenszeit von 1815, seit der Gründung des Zollvereins 1834, vor Allem aber seit der politischen Machtentwicklung in den Jahren 1866—71 und der Gründung des Reichs. Soweit der Aufschwung unserer Hochschule von materiellen Faktoren mit abhing, ist dieses Zusammenhangs stets vor Allem und mit Dank zu gedenken.

Auch heute hört man freilich wohl noch, wenn auf die nunmehr so weit grösseren Verwendungen des Staates für ideale Zwecke hingewiesen wird, nicht selten die Gegenbemerkung: recht schön, aber was will das Alles sagen gegen die ungeheuren Finanzmittel, welche der „Militarismus“ immer noch und beständig auch in Friedenszeit verschlingt. Welche Summen könnten erst der geistigen wie der materiellen Kultur zufließen, wenn man von diesem „unproductiven“ Aufwande mehr sparte.

Nun gewiss, noch immer wie seit den Tagen des Grossen Churfürsten und der ersten preussischen Könige ist der Heeresetat, dem jetzt, und glücklicher Weise, auch noch ein mächtiger Flotten-

etat zugesellt ist, der grösste Posten für einen staatlichen Einzelzweck im Staats- und Reichsbudget. Trägt endlich davon auch das ausserpreussische Deutschland seinen gebührenden Antheil mit, auf Preussen im heutigen Umfange kommen immer noch 60 Procent davon. Aber beim Rückblick auf frühere Zeiten ist der gesammte staatliche Aufwand für die „Civilverwaltung“ im weiteren Sinne, den eine verbreitete, freilich viel zu enge Auffassung gerne allein als einigermaßen „productiv“ gelten lässt, gegenwärtig doch an sich, absolut wie im Verhältniss zum Militäretat, viel bedeutender geworden und nimmt er eine weit grössere Quote von der ganzen Nettoausgabe ein, als jemals früher. Die über 89 Mill. Mark, welche im preussischen Etat jetzt der öffentliche Unterricht, die Pflege der Wissenschaft und Kunst, selbst ohne Einrechnung mancher weiteren Posten in anderen Etatstiteln, kostet, fallen auch als absoluter Betrag dem Militäretat gegenüber ins Gewicht. Diese Summe ist jetzt mehr als ein Viertel des letzteren, 1820 war der ganze staatliche Kultus- und Unterrichtsetat noch nicht ein Elftel der Kosten des Heeres. Die Steigerung jener Ausgabe ist in den letzten Jahrzehnten, seit 1870, relativ erheblich stärker als beim Militäretat gewesen, das 7—8fache, und mit längeren Perioden verglichen, gestaltet sich das noch günstiger. Dem schon erwähnten Wachsthum des Etats unseres Kultusministeriums von 1820 bis 1896 um das 18fache, entspricht nur ein Wachsthum des Militäretats (incl. jetzt des Flottenantheils) in derselben Periode für die preussische Quote um das $4\frac{2}{3}$ fache im Ordinarium (von 68,4 auf 316,6 Mill. Mark), selbst unter Einrechnung des Extraordinariums (62,8 Mill. Mark) nur um das $5\frac{2}{3}$ fache. Nicht nur absolut, sondern auch vergleichsweise wird also heute viel mehr als vor ein, zwei und drei Menschenaltern vom Staate für die eminentesten Kulturzwecke aufgewandt.³¹⁾

Aber wäre selbst diese Entwicklung weniger günstig geblieben, könnten wir leugnen, dass es im Volks- und Staatsleben noch Interessen giebt, welche sogar so hochwichtigen, wie denen des Unterrichtswesens, noch vorangehen und für welche daher doch die Finanzmittel des Staates immer in erster Linie und in noch stärkerem Masse in Anspruch genommen werden müssen? Sind die nothwendigen Ausgaben für Sicherheit und Macht und Ehre des Staates und damit des Volkes nicht auch die Voraussetzung für die Entwicklung und Pflege der Volkswirtschaft, der Kultur, der geistigen, der idealen Interessen? Gehören diese Ausgaben nicht gerade auch deshalb, richtig aufgefasst, im nothwendigen Umfang wenigstens, zu den allerproduktivsten? Wie Sicherheit und Macht des Staates immer das erste Anliegen bleiben, allem Anderen vorangehen, hat ein alter „liberaler“ Nationalökonom, unser grosser Adam Smith, selbst niemals verkannt, dadurch, wie überall, seine Epigonen um Haupteslänge überragend. Sein berühmtes Urtheil über die Navigationsacte beweist dies.³²⁾

Der hohenzollern'sche brandenburgisch-preussische Staat hat mit keinem anderen deutschen oder europäischen oder sonstigen den Vergleich hinsichtlich seiner Kulturpflege zu scheuen. Wenn er aber seit bald einem Vierteljahrtausend und noch heute doch immer vor allem sein Wehr und Waffen blank, sein Pulver auf der Pfanne trocken hielt und dadurch lange Zeit genöthigt ward, ob des Aufwandes dafür manch Bedürfniss der Kulturpflege, des Unterrichts zurücktreten oder nur schwächer befriedigen zu lassen, so glaube ich, dürften wir Angehörige der Berliner Universität die letzten sein, die das beklagen und tadeln, müssen gerade wir die ersten sein, die das rühmen und um so dankbarer anerkennen, was in materieller Hinsicht trotzdem von Anfang an für unsere Hochschule von diesem Staate geschehen ist.

Dieser Staat hat uns eben doch noch viel Werthvolleres gegeben, als nur die erforderliche materielle Unterstützung. Er hat uns ein grosses, mächtiges Vaterland wiedergegeben, dem anzugehören Freude und Stolz ist. Damit hat er unserer Universität die idealen Existenz und Gedeihens-Bedingungen gesichert, welche eine solche Anstalt ebensowenig, ja noch weniger zu ihrer Entwicklung und Blüthe entbehren kann, als die materiellen.

Dieser preussische Staat, seine Dynastie, seine Regierung haben uns in den ersten Jugendjahren unserer Hochschule, allen andern deutschen Staaten, Dynastien und Regierungen weit voran, die Befreiung von der Fremdherrschaft gebracht. Sie haben uns im letzten Menschenalter aus der „kaiserlosen, der schrecklichen Zeit“ emporgeführt, unser deutsches Volk wieder mächtig und gesichert gemacht, mit berechtigtem nationalen und politischen Selbstgefühl erfüllt. Erst dadurch hat unser geistiges, unser wissenschaftliches Leben die richtige Grundlage gesunder Entwicklung erlangt, die es dafür ebenso nothwendig als unser wirthschaftliches Leben braucht. Und nur auf dieser Grundlage konnten auch die für die Pflege der Wissenschaft und ihrer Lehranstalten einmal erforderlichen wirthschaftlichen Hilfsmittel dauernd gesichert werden.

Wie ähnlich in Sinn, Geist und Ziel die zündenden „Reden an die deutsche Nation“, welche am Beginn unseres Jahrhunderts, fast an der Wiege unserer Universität, einst Fichte, und die nicht minder zündenden, welche am Schluss unseres Jahrhunderts, im Zeitpunkt der vollen Entwicklung unserer Hochschule, unser Heinrich von Treitschke in seinen öffentlichen Vorlesungen, bei unseren akademischen Festakten hielt, wie noch zum letzten Male unvergesslich bei jener herrlichen Feier vor Jahr und Tag. Auch auf Treitschke darf man das Urtheil an-

wenden, das damals selbst ein Gentz über Fichte fällte: „So gross, so tief und stolz hat fast noch Niemand von der deutschen Nation gesprochen.“³²⁾ Doch wie anders die Grundstimmung des grossen idealistischen Philosophen, der in bohrendem patriotischen Schmerze den Muth nicht verloren hatte, begeistert und begeisternd zu seiner Nation zu sprechen, obwohl er auf Jena und Tilsit hinblicken musste — und des grossen idealistischen Historikers, der in hochgemuthem patriotischen Stolze nicht minder begeistert und begeisternd, seine Studenten, sein Volk auf Sedan, Versailles und Frankfurt hinweisen konnte. Da spiegelt sich die Geschichte unseres Staates in den Reden der besten Männer auf unseren Kathedern.

„Der Staat muss an geistigen Kräften ersetzen, was er an physischen verloren.“ Unter diesem Wahlspruch gründete Friedrich Wilhelm III. unsere Universität. Aber wie im menschlichen Einzelleben, so bedingt sich auch in den menschlichen Institutionen, auch in deren höchster, dem Staate, Physisches und Geistiges gegenseitig. Gottlob, der Staat Friedrich Wilhelm's III. hat selbst schon wieder auch an physischen Kräften reichlich gewonnen, was er einst verloren, und der Staat seines grossen Sohnes hat den Bau zur Vollendung gebracht. Wie hat das aber wieder mächtig auf die Entwicklung der geistigen Kräfte rückgewirkt! Zeuge dess ist unter vielen auch die grossartige Entwicklung und innere Blüthe unserer alma mater Friderica Guilelma.

Gewiss, die Lehrer der Berliner Universität haben von der Gründung an bis heute ihre Pflicht zu erfüllen, der Erwartung, mit welcher ihr König, seine Staatsmänner, vor allen der edle Wilhelm von Humboldt, in schwerster Zeit an die Gründung der Universität gingen, Ehre zu machen gesucht. Und der Erfolg war mit ihnen. Das hat die Geschichte unserer Universität bewiesen.

Aber darüber werden wir uns Alle nicht täuschen wollen: unsere Universität wäre niemals das, was sie heute ist, bloss aus eigener Kraft der Lehrer geworden — so wenig als unsere Stadt Berlin sich rein durch sich, durch ihre tüchtige, intelligente und fleissige Bevölkerung, ihre treffliche communale Verwaltung aus dem slavischen Fischerdorf und dem Landstädtchen noch des grossen Churfürsten zu ihrer heutigen Grösse entwickelt hätte, wäre nicht der Staat der Hohenzollern aus des heiligen römischen Reichs Sandbüchse zu dem mächtigen neuen Deutschen Reiche deutscher Nation emporgewachsen. Dadurch sind für unsere Stadt und unsere Universität erst die Bedingungen geschaffen worden, welche beider Entwicklung zur Weltstadt und zur Weltuniversität möglich gemacht haben.

Dankbar wollen wir dess heute am Stiftungsfeste unserer Universität, am Geburtstage ihres Gründers, Friedrich Wilhelm III., im ersten Jubiläumsjahre des neuen Deutschen Reiches gedenken.

Aus den Tagen von Jena und Tilsit datirt nach Sturz und Demüthigung des friedericianischen Staats doch auch schon die Wiedererhebung dieses Staates und unter den Mitteln dazu befindet sich die Errichtung unserer Universität. Nachdem Leipzig und Belle-Alliance diesem Staate seine frühere Stellung gestärkt und verbessert, unter glücklichem Ersatz definitiv verlorenen polnischen durch altes kerndeutsches Gebiet, wiedergegeben, blühte diese Universität bald auf und erringt schon eine der ersten, wenn nicht die erste Stelle unter den deutschen Schwestern. Als auf den böhmischen und fränkischen Gefilden dem preussischen Staat die Suprematie in Deutschland, auf den französischen Schlachtfeldern die Vormachtstellung in Mittel- und Westeuropa errungen; als nach dem Worte unseres Leopold Ranke die nothwendig gewordene Fortführung des Krieges auch nach Sedan „gegen Ludwig XIV.“ das einst geraubte Strassburg in denselben Sep-

tembertagen, wo es 189 Jahre zuvor schmähhch verloren gegangen, an Deutschland zurückgebracht und Metz, das einst Karl V. „den Tanz versagt“, mit der letzten und grössten kaiserlich französischen Armee vor Friedrich Karl kapitulirt hatte, — auch zur Sühne eines schweren Tags preussischer Geschichte, an demselben 27. Oktober, wo 64 Jahre zuvor Napoleon I. durch das Brandenburger Thor triumphirend eingezogen, — als im Versailler Kaiserschloss jenes vierzehnten Ludwig, des Verwüsters der Pfalz, des Zerstörers unserer Kaisergräber, die deutsche Kaiserproklamation erfolgt war und Preussen dem neuen Deutschen Reich zum Ersatz für die österreichischen ausgeschiedenen Gebiete als Morgengabe die Provinzen Ost- und Westpreussen, Posen, Schleswig-Holstein geschenkt und als neue mit den deutschen Verbündeten gemeinsam erworbene Errungenschaft die alten westlichen Grenzmarken Elsass und Lothringen zugebracht hatte — da, nach diesen weltgeschichtlichen Ereignissen, kommt in und mit dem neuen Deutschen Reich auch die neue Aufschwung- und Blütheperiode unserer Stadt Berlin und unserer Friedrich Wilhelms-Universität.

Berlin wird Reichshauptstadt, Mittelpunkt deutscher, wirthschaftlicher und geistiger Kultur, die grösste Industriestadt Deutschlands, ja fast der Welt, wird eine der grossen weltgeschichtlichen Metropolen, in denen die Völkergeschicke entschieden werden und darf seinen Namen an Athen und Rom, an Constantinopel und Petersburg, an Wien, Paris, London und New-York reihen, unter den modernen dieser Städte schon eine führende Stellung einnehmend. Und unsere Universität erringt die Centralstellung unter den deutschen Hochschulen, eine der vordersten Stellen unter den Universitäten aller Zeiten, wird Weltuniversität.

Alles mit die Reflexe der gewaltigen Geschichte des Hohenzollernstaates, der seit jenem furchtbaren Kriege, welcher Deutschlands Untergang zu besiegeln schien, alle jene an Polen,

Schweden, Dänen, Franzosen verlorenen Küsten-, Strom- und Grenzgebiete uns in blutigem, sorgsam im Frieden vorbereitetem Völkerringen wiedererworben und durch die leidige, aber nothwendige Trennung von Oesterreich Deutschland sich selbst wiedergegeben hat. Wo so gesundem, nationalem Leben vorgearbeitet, der Acker für die Saat und die friedliche Kulturarbeit so vorbereitet wurde, konnte Stadt und Universität wohl gedeihen.

Aus winzigen Anfängen ist unsere Stadt Berlin, aus kleinen unsere Hochschule, aus unbedeutenden auch unser Hohenzollernstaat hervorgegangen. Wenn Stadt, Universität und Staat heute dieser ihrer Anfänge gedenken, auf ihre Geschichte zurückblicken, so sollen sie alle nicht stolz werden ob des Erreichten. Dankbar vielmehr und demüthig und mit den grösseren Aufgaben auch ihrer grösseren Pflichten bewusst, mögen sie, wie unser edler und bescheidener Kaiser Barbablanca im Augenblicke seines höchsten Triumphes am Tage von Sedan, bekennen: „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!“